

BZ-GASTBEITRAG

Diese Soli-Debatte kommt zur Unzeit

Ökonom Oliver Landmann aus Freiburg hält die Idee einer Sondersteuer für Athen für nicht durchdacht und heikel

Der Vorschlag, den Solidaritätszuschlag wegen der Kosten der Griechenlandhilfen auf acht Prozent der Einkommenssteuer zu erhöhen, wird als ein Gebot der Ehrlichkeit und der Fairness gegenüber künftigen Generationen dargestellt. In Wirklichkeit ist die Idee ökonomisch nicht durchdacht und politisch explosiv.

Falsch ist schon die Prämisse: Clemens Fuest, der die Idee in die Debatte gebracht hat, argumentiert, dass es bei dem neuen Hilfsprogramm anders als bei vorangehenden Rettungsprogrammen nicht um Kredite gehe, sondern um Transfers, also um Geld, das nicht zurückkommt. Das ist falsch. Die Hilfsprogramme waren von allem Anfang an, das heißt, seit Mai 2010, Transfers. Denn schon damals war klar, dass Griechenland pleite ist. Nur hat die Politik nie den Mut gehabt, dies den Bürgern gegenüber zuzugeben.

Ebenso wenig hat sie die Bürger darüber aufgeklärt, dass der Großteil der Transfers in Wirklichkeit nicht durch die Hilfsprogramme geleistet wurde, sondern lange vorher schon durch die Finanzinstitute, die bis zur Krise mit ihren Investitionen in der Peripherie Europas Milliarden in den Sand gesetzt hatten. Was seither passiert ist, ist nicht ausschließlich, aber überwiegend ein Verschiebeparkplatz zwischen den Gläubigern – insbesondere ein Verschieben der verlorenen Forderungen von den privaten Investoren zu den Steuerzahlern.

Richtig ist, dass die Steuerzahler diese Verluste früher oder später in der einen oder anderen Form tragen werden. Aber dies heißt nicht, dass eine Erhöhung des Soli im Augenblick die geeignete Form wäre, zur Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern

zurückzukehren. Wie wäre es stattdessen, wenn die Bundesregierung einfach mal erklären würde, dass sie die nüchterne Analyse des Internationalen Währungsfonds teilt, wonach die Schulden Griechenlands unter keinen Umständen mehr tragbar sind, und dass daher ein Schuldenschnitt, unter welchem Namen auch immer, so unausweichlich ist wie das Amen in der Kirche?

Eine Erhöhung des Soli würde den deutschen Haushalten sofort Kaufkraft entziehen und in der heutigen Ausgangslage in erster Linie die Konjunkturerholung abbremsen. Da Deutschland in der Eurozone ein Schwergewicht ist, ließe

dies den Bemühungen der Europäischen Zentralbank entgegen, die Wirtschaft der Eurozone wieder anzukurbeln. Dabei bliebe die Wirkung nicht auf Deutschland beschränkt: Auch die deutsche Nachfrage nach Importgütern ginge zurück. Dadurch würde sich die Konjunkturabschwächung auf andere Länder übertragen und der bereits hohe deutsche Exportüberschuss sich weiter vergrößern.

Für künftige Generationen ist nichts getan, wenn wir den durch die laufenden Turbulenzen bereits belasteten Wachstumskräften einen weiteren Dämpfer verpassen. Diese Soli-Debatte kommt zur Unzeit. Sie lenkt davon ab, dass das neue Hilfspaket, weil es nach dem gleichen Muster gestrickt ist wie die bisherigen, genauso scheitern wird wie die bisherigen. Und sie gießt unnötig Öl ins Feuer einer im Lande ohnehin schon verbreiteten Anti-Griechenland-Stimmung.



Oliver Landmann

Oliver Landmann ist ordentlicher Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Uni Freiburg.